

validenrente das Krankengeld ausgezahlt werden, wenn sie erkranken. Die gesamten Sozialrentner sind auf Kosten der öffentlichen Fürsorge oder der Landesversicherungsanstalten bei den zuständigen Kassen zu versorgen.

Solange es nicht möglich ist, die Renten aus den Versicherungssachen so weit zu erhöhen, dass die Sozialrentner einen ruhigen Lebensabend verleben können, muss die öffentliche, gehobene Fürsorge einzutreten. Deren Leistungen müssen zu Pflichtleistungen erhoben werden. Eine Prüfung der Bedürftigkeit darf nicht stattfinden. Die Mindestsätze müssen vom Reiche festgelegt werden. Die Mittel hierfür müssen den Gemeinden aus Reichsmitteln zugeschossen werden.

Dies sind kurz zusammengefasst die Wünsche der Sozialrenter Deutschlands. Sie sind gewiss bescheiden und entsprechen durchaus den gegebenen Möglichkeiten. Nur der zufriednige Standpunkt eines Unternehmers kann davon sprechen, dass Deutschland zu einem Rentnerversorgungsstaat umgewandelt werden sei, der durch seine hohen Rentenleistungen den Arbeitswillen zerstört und die Weiterentwicklung Deutschlands unterbindet. Der Kampf der deutschen Unternehmer geht seit einigen Jahren auf den Bau der Sozialpolitik hinaus, die angeblich Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig mache. Stein um Stein haben sie aus dem Bau der deutschen Sozialversicherung bereits herausgebrochen. Die Unternehmer rüsten zum Generalangriff auf die Sozialversicherung. Schon darum müssen die Bestrebungen der Sozialrentner unterstützt werden, die sich zum Gegenangriff rüsten. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages sind die Sozialdemokraten dabei, die Forderungen der Sozialrentner zu vertreten und durchzusetzen. Die Maßnahmen, die die Sozialdemokratie am 13. März werden diesem Beginnen der Sozialdemokratie den nötigen Nachdruck geben. Darum: Sozialrentner heraus!

## Beginn in Berlin — Ende in Essen. Der R.P.D.-Abgeordnete Schlecht ausgeschlossen.

Berlin, 9. März.

Der Reichstag hat seine Arbeiten wieder aufgenommen. Das Haus ist schwach besetzt. Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichsarbeitsministeriums. Die Besucher klagen über die Sitzeplätze des Bummels im Pleißenzimmer. Bei den Kommunisten befindet sich der eben abgeschlossene Parteitag noch völlig das Feld. Die anderen haben andere Schmerzen und jeder denkt mit einem Schaudern der kommenden Wochen, die vor ihm liegen.

Nach den bisherigen Dispositionen wird bis zum 9. April durchgelaufen. Woche für Woche. Tag für Tag. Die Arbeiten für den Reichshaushalt sind, dank der vielseitigen Regierungskrise, weit im Rückstand geblieben. Trotzdem wird das Etatgefecht rechtzeitig, also bis zum 31. März, fertiggestellt. So will es die Verfassung, und der Reichstag ist ihr eifrigster Interprett. Also werden Gewaltstufen gemacht, und wenn es sein muß, werden die Nachkunden gefragt. Daneben geht der Kampf um die Arbeitslosenversicherung, das wichtigste Gehebe des Gegenwart. Ohne dessen Erfüllung kommt der Finanzminister in große Not. Und das soll verhindert werden. Wenigstens von Seiten des Bürgerblocks.

Inzwischen haben sich in den Fraktionen des Reichstages einige Wendungen vollzogen. Die Bölkischen sind, wie schon mitgeteilt, in ihre Atomre zersunken. Für die Arbeiten des Reichstages sind sie praktisch ausgeschlossen. Damit vereinfacht sich der parlamentarische Apparat. Denn selbstverständlich hat die kleinste Fraktion, die sich obendrein den Kampf gegen den Parlamentarismus zum Ziel setzt, die längsten Reden geschwungen. Und die langwiliesten obendrein. Neuenkow, der sich nunmehr mit Hitler ausgedehnt, wirkte besser, als das beste Einschlägermittel. Seine Reden bringen auch die aufgeregtesten Herren binnen kurzem zur Räson.

Indes das Gesetz von der Erhaltung der Energie besagt, dass im Westen kaum kein Südbahn an Energie verloren gehen. Die Kraft steht sich von der einen Form in die andre um. Und es wäre doppelt schlimm, wenn die parlamentarischen Kraftquellen irgendwelche Minderung erfahren würden. Hier wirkt sich das Gesetz von der Erhaltung der Rechenenergie dialektisch aus. Was auf der Rechten verloren geht, häuft sich auf der Linken an. So ist denn am gestrigen Tage die Fraktion der kommunistischen Linken um ein weiteres Mitglied angewachsen.

Wie schon mitgeteilt, wurden auf dem kommunistischen Parteitag drei Abgeordnete mit dem Bannstrahl gefällt. Niederlegung der Mandate. Der Ausschluss war ohnedies gewiss. Unter diesem Triumphat befindet sich der Reichstagabgeordnete Schlecht. Sein ganzes Verbrechen wurde darin festgestellt, dass er als oppositioneller Delegierter auf dem Parteitag weite und obendrein geredet hat. Er hat sein Mandat nicht niedergelegt. Damit sind die kommunistischen Linken auf elf Stühle angewachsen. Noch vier Ausschlüsse, dann würde dem parlamentarischen Gesetz von der Erhaltung der Energie genügen. In dieser Art wurde denn der "Demokratie" in der kommunistischen Partei zum "Siege" verholfen und so wird weiter "normalisiert", bis nur noch einige Trümmer übrigbleiben.

Die nächsten Ausschlusskandidaten stellt die Thälmanngruppe. Du hast es so gewollt. Georges Dandin! Vorläufig freilich ist Teddy noch persona grata im Zentralkomitee, aber er ist auf die äußerste Linke gerutscht. Ewert und Ernst Meyer beiderseits völlig das Feld. Feht hängt alles davon ab, ob der "rote Präsident" der Fraktion "Schmetterlappen" beitreten will. Den "Apparat" haben die beiden ersten in der Hand. Und mit des Geschildes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Das haben die Scholom und Urbahns recht gut erkannt und die Gruppe der Reserveleute um den Dengel will Karriere machen, um jeden Preis.

Das Zentralkomitee ist beinahe auf sämtliche Mitglieder der KPD erweitert worden. 35 Aktive und 18 Kandidaten. Wird das Debatten geben? 53 Zentrallisten, zusammengefasst von rund 6 Gruppen, ohne die "Kavane". Darunter 4 wachsame Brandseiter. Paule Böttcher freilich ist schmähschlich durchfallen, wie wir das bereits vorhergesagt. Troy der Wahl-Inflation. Auch sonst sind unsere Erwartungen eingetroffen. Ewert und Ernst Meyer haben die Mehrheit errungen. Nach dem ersten Heidelberg folgte die Sezession der Leninen. Und Klara Zettlin, die einstige Kompanjeführerin Kurt Gevers, sieht vor den Toren.

Kurz für Paul Böttcher hat es noch nicht gelangt. Denn Paule ist ein ehrenwerter Mann. Er hat sein paar peccavi abgelegt, er schwört auch weiterhin auf den Brandkurs. Die Selbstkostenregelung Ernst Meyers hat Achill abgelehnt, hat nein gelautet, aus Disziplin ... Doch Paule ist ein ehrenwerter Mann. Er sieht die weitere Entwicklung schlau voraus. Denn er soll nicht umsonst an dem Ministerstift, und solche Gaben sind in absehbarer Zeit nur vom Hause Müller-Wels zu begreifen. Er weiß, dass seine Zeit noch kommen wird und wartet ab, ein treuer Arbeitgeber, bis bereinst sein Chef aus der Zeit der Arbeiters- und Bauernregierung die Absolution erhält. Denn Paule ist ein ehrenwerter Mann ...

Immerhin hat er einen seiner Vorfächer zu Boden geschlagen. Am Ausgang der Diskussion über das Referat Ewert traten die beiden Leipziger Meisterschäfer Vogt und Ströbel in den Ring. Sie redeten in Hieroglyphen, wie Maßlow schrieb, die niemand zu verstehen vermochte. Wir haben alle die bisher bekannten Cliffs-Schlüsse angepasst — mit heissen Bemühungen — uns ist es dennoch nicht gelungen ... Wahrscheinlich auch den Eingeweihten nicht, und die Leipziger Delegation ist zurückgekehrt, zerhundert und zerzaust, wie weltan Don Quichotte, der Ritter von der traurigen Gestalt, nach dem Kampf mit den unglaublichen Riesen jener Mühle. Ein Prominent ist auf dem Brachfeld der Schlacht zu rücksieden ...

Und die Treue ist doch ein leerer Wahn.

# Steuerverwaltung - Steuereinnahmen.

## Wirtschaftsverbände und Steuerveranlagung.

### Ein Erlass des Reichsfinanzministers.

Der Reichsminister der Finanzen hat nach dem Demokratischen Zeitungsblatt in einem Erlass an die Präfekturen der Landesfinanzämter darauf hingewiesen, dass die Mitwirkung der Verwaltungsbeamten und Beamtenverbände bei den Veranlagungsarbeiten nicht dazu führen dürfe, dass die Veranlagung ohne weiteres als unzulässig anerkannt wird. Die Mitwirkung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, dass sich die Finanzbehörden gewissermaßen die Führung aus der Hand nehmen lassen und die Forderungen der Verbände — und wäre es auch nur um des Friedens willen — ohne weiteres hinnehmen.

In dem Erlass des Reichsfinanzministers heißt es weiter: Ungehörige der Verwaltungsbeamten gehören auch in weitem Umfang den Steuer- und Bewertungsausschüssen an. Es ist Pflicht des Ausschussmitgliedes, ohne Ansehen der Person, lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten zu urteilen. Die Mitglieder haben auch die Verhandlungen des Ausschusses strengsten gespielt zu halten. Es ist hierauf insbesondere — wie es in bestimmten Bezirken vorgekommen ist — unzulässig, dass die Steuerausschussmitglieder ihre Stimme nach irgendeinem Weisungen, die sie von dritter Seite vor den Ausschusssitzungen erhalten haben, abgeben und das sie über den Gang der Sitzungen und die Art der Abstimmung Mitteilungen machen. Aufgabe des Finanzamtsvorstehers wird es sein, nötigenfalls die Ausschussmitglieder auf ihre Pflicht und auf die Straffolge bei einer Pflichtverletzung hinzuweisen. Wird die Schweigepflicht verletzt, so ist die Einleitung des Strafverfahrens zu prüfen. Sollten sich in Zukunft Fälle ereignen, in denen die Mehrheit der Ausschussmitglieder ihre Stimmen nach bestimmten Weisungen abgibt und infolgedessen die Geschäftsfähigkeit des Verwaltungsbeamten oder der Bewertung gefährdet ist, so ist unverzüglich darüber zu berichten, damit das Reichsfinanzministerium die nötigen Maßnahmen treffen kann. Der Finanzamtsvorsteher hat in der Ausschusssitzung zu prüfen, ob in solchen Fällen die Sitzung abzubrechen und bis zum Empfang näherer Weisungen zu verlegen ist.

Der Erlass ist offenbar in erster Linie die Folge von Praktiken der Landesbündler, die überall, wo es ihnen möglich war, in unglaublicher Weise in den Veranlagungs- und Bewertungsausschüssen im Interesse des Grundbesitzes gearbeitet und teilweise einen unerhörten Druck auf die Finanzämter ausübt haben. Der Erlass ist deshalb in dieser Hinsicht nur zu begrüßen. Es fragt sich nur, inwieweit die Bürgerblockmehrheit Herrn Köhler die Durchführung seiner Anordnungen gestatten wird.

## Regierungsbildung in Thüringen.

### Links, rechts oder Mitte?

C. F. In Thüringen ist man jetzt eifrig dabei, eine Regierung zu bilden. Das ist nicht so einfach. Die Wahlen am 30. Januar haben zwar den Ordnungsparteien eine ganz empfindliche Niederlage gebracht und ihre Herrschaft gebrochen, doch ist der Erfolg, den die Sozialdemokratie durch einen Zuspruch von rund 30.000 Stimmen gehabt hat — alle übrigen Parteien haben mit Ausnahme der neu auftretenden Wirtschaftspartei schwere Verluste erlitten — nicht groß genug, um allein den Kurs in Thüringen bestimmen zu können.

Die Mehrheitsverhältnisse liegen in Thüringen ähnlich wie in Sachsen und in anderen Ländern. Keine der sozialwirtschaftlichen Klassengruppierung kann gegen die andere regieren. Die politische Beeinflussung der Arbeiterschaft durch die Sozialdemokratie als die maßgebende Partei der Arbeiterschaften ist heute so groß, dass sich die Kräfte der Klassen auch in Thüringen die Wage halten, so dass die Entscheidung, welche Politik während sein soll, von den kleinen Splitterparteien, den Demokraten und Aufwiegern, die drei Mandate besitzen, abhängt. Diese drei Abgeordnete haben es also in der Hand, über einen Rechts- oder Links- oder Mittelpunkt zu entscheiden. Dabei sind die Demokraten nicht etwa wie die Sozialdemokratie regelrecht aus dem Wahlkampf hervorgegangen, sondern sie haben gegenüber der letzten Reichstagswahl fast 40 Prozent ihrer Stimmzahl verloren. Um überhaupt Fraktionsstärke zu erlangen, musste sich der Aufwiegler ihnen anschließen.

In den letzten Tagen hat sich nun der von dem sozialdemokratischen Landtagspräsidenten bestimmte Unterhändler, der Abg. Brill (Soz.) bemüht, eine Linksrégierung auf Grund des Ergebnisses des Wahlausgangs zustande zu bringen. Er ist gescheitert; einmal an der Auffassung der beiden Demokraten über die Anwendung der parlamentarischen Demokratie; wonach der stärkste Partei der siegreichen Opposition die Führung der Landespolitik zu übertragen ist, und dann durch die hornierte Haltung der Kommunisten, die zwar eine sozialdemokratische Minderheitsregierung "bulden" wollten (die mit Unterstützung der Kommunisten keine Mehrheit hat), nicht aber eine Regierung, an der auch Demokraten beteiligt sind. Dabei konnte der Unterhändler der Sozialdemokratie — und das ist das Groteske an der Haltung der Demokraten und Kommunisten — während der Verhandlungen mit diesen beiden Parteien eine vollkommen sachliche Vereinbarung mit dem von der Sozialdemokratie aufgestellten Arbeitsprogramm feststellen. Die Kommunisten hatten zwar, um ihre Existenzberechtigung vor ihren Mitgliedern zu beweisen, auch wieder "Minderfordernisse" aufgestellt, mussten jedoch selbst zugeben, dass ihre Forderungen in dem sozialdemokratischen Arbeitsprogramm nicht nur aufgehen, sondern dieses in ihrer Feststellung und in Einzelheiten noch weiter gesteckt. Das hat die kommunalpolitischen Demokraten natürlich nicht abgehalten, tagaus und tagin zu behaupten, die sozialdemokratischen Führer bereiteten eine große Koalition vor.

So haben sich diese beiden Parteien zunächst einmal sehr gut in die Hände gearbeitet, um aus ihrer Verlegenheit herauszukommen, dann aber auch die Geschäfte der Reaktion bejagt. Denn das Ergebnis ihrer bisherigen Haltung ist, dass vorläufig die von ihnen so befürwortete "Ordnungs"-Regierung noch geschäftsführend weiter im Amt bleibt, vielleicht bis zu dem Tage, wo sich herausstellt, dass unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen eine Regierungsbildung unmöglich ist und der neu gewählte Landtag wieder aufgelöst werden muss.

Nach dem Scheitern des sozialdemokratischen Unterhändlers war dann ein Landesbündler mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Er hatte von den Parteien des Ordnungsbundes den Auftrag, eine "nicht marxistische Regierung" zu bilden. Auch er ist gescheitert und hat seinen Auftrag an den Landtagspräsidenten zurückgegeben, da den Demokraten eine nochmalige Koalition bis zu dem nationalsozialistischen Dinter doch eine zu starke Belastung sei und ihren völligen politischen Bankrott bedeuten würde.

Wenn nun auch der jetzt beauftragte soziale Abgeordnete Bauer, wie zu erwarten ist, zu seinem positiven Ergebnis gelangt, bleibt nur noch als letzter Versuch, der Zweimännerkonsort der Demokraten die Regierungsbildung zu übertragen. Sie sollen dann einmal zeigen, ob sie eine "Regierung der Mitte", auf die sie sich festgelegt haben, zustandekommen, einer Mitte, die es in Erfüllung hat.

Thüringen gar nicht gibt; denn Landbund, Deutsche Volkspartei und die neue Wirtschaftspartei sind keine Varietäten der Mitte. Die Wirtschaftspartei, die bei der letzten Wahl die Aufgabe hatte, die rebellierenden Wähler des Ordnungsbundes aufzufangen, hat gerade jetzt erst einen völkischen Abgeordneten als Abgeordneten in ihren Kreis aufgenommen. Außerdem steht in der Führung dieser Partei ein Mann, der bei der vorletzten Wahl von den volkstümlichen Verbänden als Kandidat präsentiert und auch gewählt worden war. Der Sozialist, der die Sozialdemokratie mit diesen stodreaktionären Parteien eine Regierung bilden könnte, erscheint in Thüringen so absurd, dass er mit Ausnahme der Kommunisten, die eine solche Koalition lehnlich herbeiwünschen, sonst von niemand ernstlich diskutiert wird.

Die thüringische Sozialdemokratie, die noch zu keiner Zeit so vor der Verantwortung gedrückt hat, müsste ihre ganze Vergangenheit verleugnen, wenn sie eine derartige Koalition eingehen würde. Es ist vielmehr der einmütige Wille vorhanden, als die stärkste Partei des Landes und als die alleinige Sägerin im letzten Wahlgange die politische Macht auszuüben. Sie wird aber an keiner Regierung teilnehmen, die sich nicht gleich von vornherein für durchgreifende Maßnahmen zur Hebung des Nostandes bei der arbeitenden Bevölkerung entscheidet.

Weltmar, 9. März.

Der Thüringer Wahlprüfungsausschuss hat die Wahl des völkischen Abgeordneten Wüncke für ungültig erklärt. Auf Antrag der Parteien der Einheitsliste ist jetzt gegen diesen Entscheid das Wahlprüfungsgericht angerufen worden.

## Moskau und Essen.

OG. Die Moskauer kommunistische Presse führt die tägliche Arbeit des Essener Parteitagess des KPD. Das Auftreten der oppositionellen Redner hätte deutlich gezeigt, dass die Opposition in der Partei keine Wurzeln geschlagen hat. Mit besonderer Genugtuung weisen die Moskauer Sowjetblätter darauf hin, dass "nach der Liquidierung des Ruthscher-Kurses" die KPD beginnen hat, wichtige Positionen in der "Wechselkampfbewegung einzunehmen. Auch der Überstand der Ultralinken" könne die Aktivität der Partizipanten nicht lähmen. Die Blätter äußern auch ihre Freude über das starke Interesse, welches der Parteitag bei der deutschen Arbeiterschaft gefunden habe.

In Deutschland hat man zwar von dem besonders "starken Interesse" der deutschen Arbeiter für die Kommunistenpartei nichts gemerkt, aber in Moskau weiß man das selbstverständlich viel besser.

SPD. Berlin, 10. März (Radio).

Die Rote Fahne — nach den Worten des Moskauer Vertreters zum Kommunistenparteitag des "Zentralorgan der Kommunisten für Südwesteuropa" — tritt heute in Bezug auf die Haltung der Kommunisten in Mecklenburg einen geradezu kläglichen Rückzug an. Gestern schrieb die Rote Fahne, dass die kommunistischen Landtagsabgeordneten Mecklenburg-Schwerins sich vor dem Forum der Zentrale in Berlin wegen ihrer Haltung bei der Wiederwahl der Regierung noch zu verantworten hätten. Heute ist das gleiche Blatt von der Richtigkeit des Vorwurfs der kommunistischen Schweriner Landtagsabgeordneten überzeugt. Die Rote Fahne hat also innerhalb 24 Stunden sehr viel beigeleert. Wahrscheinlich haben die Mecklenburger Kommunisten Abgeordneten sie inzwischen davon überzeugt, dass in erster Linie ihre Freiheit mit auf dem Spiele steht, wenn sich die Kommunisten in Mecklenburg nicht zu einer vernünftigen Politik entschließen können.

## Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich.

SPD. Das Reichskabinett nahm am Mittwochabend einen Vortrag des aus Paris zurückgekehrten Ministerialdirektors Dr. Poelle über die dort aufzunehmende Verhandlungsbasis für die Fortführung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen entgegen. Dr. Poelle reiste bereits am Donnerstag wieder nach Paris zurück, so dass angenommen werden kann, dass sich das Reichskabinett mit der Verhandlungsgrundlage einverstanden erklären hat.